

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland

Autor(en): **Blocher, E.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins**

Band (Jahr): **34 (1938)**

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-595206>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland.

Über sechzig Zeitungsaufsätze liegen vor mir, die alle die Angelegenheit Mundart und Schriftsprache behandeln. Trotzdem werde ich mich nicht lange dabei aufhalten. Denn die Erregung der Jahre 1936 und 1937 ist heute trotz dieser Fülle von Äußerungen vorbei, die Sache wird ohne viel innere Wärme weiter behandelt; von den anfänglichen Übertreibungen ist man vielfach abgekommen, nicht ohne daß unsre Aufklärungsarbeit dabei ihre Wirkung getan hätte. Zugenommen haben aus dem nichtdeutschen Lager die Warnungen vor einer Vermehrung des Mundartgebrauchs, die den Welschen das Verständnis unsres Geisteslebens und den Austausch mit uns erschweren könnten. Besonders eindrucksvoll äußert sich in diesem Sinne Professor Charly Clerc in der „Gazette de Lausanne“ (25. 9. 38); er bespricht da empfehlend unsre Gutachtenammlung „Schweizerdeutsch und Hochdeutsch“ und sieht mit Besorgnis einer Verengung und Verarmung unsres Geisteslebens entgegen und einer zunehmenden Entfremdung zwischen den deutschen Schweizern und den welschen, die Hochdeutsch gelernt haben oder lernen müssen und nun unter den deutschen Schweizern nicht damit ankommen können. Der Aufsatz ist wegen der nach allen Seiten gerechten und für unsre Lage verständnisvollen, echt brüderlichen und gut eidgenössischen Gesinnung erfreulich und dankenswert. Andere drücken sich kürzer aus, denken aber offenbar ganz wie er, so die Blätter Le Pays (Pruntrut, 23. 4. 38), „Le Fribourgeois“ (Bulle, 19. 2. 38); hier heißt es etwas gereizt: Je ne suis pas d'accord: je voterai non, nämlich gegen die Erhebung des Romanischen zur Nationalsprache, mit der Begründung, wir hätten schon Mundarten genug, die er, der Verfasser, nicht verstehe; er zieht denn auch ziemlich derb los gegen die Bundesräte, die öffentlich schweizerdeutsch sprechen. Auch von Paris her tönt es ähnlich unter dem Titel La manie des patois in der „Ère nouvelle“ (16. 2. 38). Und die „Gazetta Ticinese“ (Lugano, 15. 7. 38) stimmt in die Klage ein, daß man mit seinen deutschen Kenntnissen unter uns Deutschschweizern nichts anfangen könne. Daneben erscheint etwas kindlich die Äußerung eines Engländers in der „National Review“ (siehe „Appen-

zeller Zeitung“ vom 3. 6. 38), die Schweiz sei jetzt das einzige Land, wo man noch in Sicherheit und Muße Deutsch lernen könne. Gewiß, in Sicherheit und Muße schon, aber ob da überhaupt noch Deutsch gelernt werden kann, wo man es mit Leidenschaft als fremde Sprache bezeichnet und nicht mehr sprechen will?

Ich möchte nicht jede gescheite oder törichte Äußerung zu der Angelegenheit erwähnen. Doch erfordert die Vollständigkeit zu berichten, daß der berndeutsche Dichter E. A. Loosli in einer Schrift „Schweizerdeutsch“ eine Reihe von sehr zutreffenden und dabei nicht alltäglichen Bemerkungen zu der Frage macht, die lesenswert sind, daß Jakob Bühler in der Winterthurer „Arbeiter-Zeitung“ und ein in Zürich angesehener Staatsmann von hoher Bildung — H. M. zeichnet er — in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (17. 4. 38), jeder in seiner Art, sich mit einer ungewöhnlichen Überlegenheit über die einschlägigen Fragen aussprechen.

Baldiger Schluß der Verhandlungen wäre im übrigen zu wünschen, denn Neues kommt kaum mehr an den Tag, wohl aber beträchtlich viel Unsinn. Die im Frühling 1937 hoffnungsvoll aufgebrochene „Schwizer Sproch-Biwegig“ Dr. Baers hat sich nach dreivierteljährigem Bestand schon wieder aufgelöst. Im Frühjahr 1938 ist dann ihre Nachfolgerin geboren: „Schwyzertütsch, Bund zur Pflege der schweizerdeutschen Dialekte“, mit einem gemäßigt dreinschauenden allgemeinen Arbeitsplan. Wie dieser sich auswirkt, müssen wir abwarten. In Bern erscheint seit einigen Monaten eine kleine Zeitschrift „Schwyzerdütsch“ (wieder in anderer Schreibung als Baers einer- und Dieths anderseits); sie beklagt sich aber über die Teilnahmslosigkeit der Öffentlichkeit.

Als das große sprachpolitische Ereignis des Jahres 1938 gilt die Volksabstimmung vom 20. Hornung 1938, in der die Eidgenossenschaft mit 572 000 Ja gegen 52 000 Nein und mit allen Ständesstimmen den neuen Art. 116 der Bundesverfassung angenommen hat. Von 1938 an gibt es also für die Schweiz außer den drei bisherigen eine vierte „Nationalsprache“ des Bundes, das Rätoromanische. Wir haben diese Bestrebungen immer gebilligt und gönnen den Bündnern ihren schönen Erfolg.

Im Zusammenhang teils mit der heutigen schwierigen Lage der Schweiz, teils mit der Mundartfrage ist oft auch wieder, und jetzt mit verschärfter Leidenschaft, unser Verhältnis zur gesamtdeutschen Kulturgemeinschaft behandelt worden. Wie schon vor dreißig und mehr Jahren stehen sich gegenüber die Behauptung,

daß wir eine eigene — deutschschweizerische, noch lieber: gesamt-schweizerisch-übersprachliche — Kultur haben, und die Auffassung, daß es so etwas nicht geben könne. Nur daß heute Sachlichkeit, Wahrheitsliebe und Vernunft immer mehr der Leidenschaft, dem Haß weichen, wenn diese Fragen besprochen werden. Die Abneigung und Angst vor allem, was deutsch heißt (nicht nur vor der jetzt im Nachbarreiche amtlich geltenden Art Deutschtum, die wir alle ablehnen), hat dazu geführt, daß sogar der alte, harmlose Name „deutsche Schweiz“ als unzutreffend bezeichnet oder doch von seinem Gebrauch abgeraten wird; auch wird mit heller Aufregung und flammender Entrüstung darüber geklagt, daß man vom „deutschen Volksboden“, vom „deutschen Siedlungsgebiet“ rede, dem auch die deutsche Schweiz angehöre; es wird sogar der Ausdruck „Sprachgrenze“ als etwas für die Schweiz nicht Zutreffendes abgelehnt. („Die Nation“ 10. 3. 38; „Wochenblatt von Pfäffikon“ 17. 6. 38; „Landbote“ 24. 5. 38 und andere, in verschiedenen Lesarten und Stärkegraden). Das ist nicht nur unsinnig, es ist auch wider die Wahrheit. Solches Gebaren ist allerdings in gewissem Sinne zeitgemäß; es sieht durchaus der Unsachlichkeit und Unwissenschaftlichkeit ähnlich, die heute auch außerhalb unsrer Landesgrenzen die Behandlung derartiger Fragen beherrschen. Dagegen anzukämpfen ist sehr schwer. Und doch möchten wir es gerne sehen, daß unser von jeher freier Schweizerboden das heilige Land bliebe, auf dem Wahrheit und Gerechtigkeit die Oberhand behalten über Vorurteile und verlogene Rechthaberei. Wenn uns diese Vorzüge verloren gehen sollten, dann hätten wir ja nichts mehr voraus vor den Ländern, in denen es heißt: Recht ist, was unserm Volke frommt, und wahr, was uns in den Kram paßt. Was wir vom Sprachverein an unserm Teil zu tun vermögen, um in unserm Volk gerechten Sinn, gesundes Urteil und Wahrhaftigkeit im Streit der Geister, der Völker und der Kulturen zu erhalten, das werden wir tun.

Wenn wir zum Ausland übergehen, so sind die uns allen noch in frischer Erinnerung stehenden politischen Ereignisse des Jahres 1938 das Wichtigste, was es zu besprechen gibt. Es geht diesmal nicht anders: wir müssen diese politischen, sagen wir lieber geschichtlichen Vorgänge in unsern Bericht hereinziehen. Denn sie berühren in entscheidender Weise auch die Zukunft der deutschen Sprache. Eigentlich sollten wir uns ihrer als deutsche

Schweizer alle darüber freuen können, weil es ja für uns und unsre Nachkommen vorteilhaft ist, wenn sich der Geltungsbereich unsrer Muttersprache in Europa ausdehnt. Also: mit einem gewaltigen Gebietszuwachs des Deutschen Reiches hat in diesem Jahr auch die deutsche Sprache erweiterten Einfluß gewonnen, allerdings gleichzeitig auch die uns anstößige, freiheitsfeindliche Diktatur, und das ist ein Umstand, der unsre Freude über die Erfolge unsrer Muttersprache beeinträchtigt, und bei vielen gar nicht aufkommen läßt.

Wir müssen hier in die Vergangenheit zurückgreifen. Die Zukunft der deutschen Sprache im Osten ist schon seit gut hundert Jahren für ihre Angehörigen ein Gegenstand der Sorge gewesen. Während bei uns im Westen seit vielen Jahrhunderten die Sprachgrenze fest und eindeutig vor uns liegt, weist der Osten, zwischen dem adriatischen Meer und dem finnischen Busen, unfertige, schwankende und scheinbar willkürliche Verhältnisse auf. Hier ist die Besiedelung des Bodens durch ein gutes Duzend verschiedener Völker sozusagen überrascht und gestört worden, als im 19. Jahrhundert der Sprachnationalismus erwachte. Die Völker begannen in den auf die Französische Revolution folgenden Jahrzehnten, sich auf ihr Wesen zu besinnen, für ihre Sprachen und Kulturen Recht und Geltung zu beanspruchen; sie sammelten ihre Angehörigen zum Kampf. Für das deutsche Volk stellte sich die Frage, ob es seine Stellung namentlich in der Berührung mit Polen, Tschechen, Slowenen werde halten können, ob die Sprachgrenze im alten Österreich vor der starken Volksvermehrung der Slawen nicht werde zurückweichen müssen. Die Besorgnisse der deutschsprechenden Österreicher drückten sich in dem Schreckensruf aus: „Wien wird tschechisch, Wien, die Kaiserstadt!“ Die Aufteilung des Kaiserreiches nach dem Weltkrieg brachte nun zunächst einen verkleinerten, rein deutschen Staat, die Republik Österreich, in der es fortan keinen Nationalitätenkampf mehr zu geben brauchte. Zugleich aber wurden über 3 Millionen deutschsprechende Menschen einem neuen Staat einverleibt, der ihnen zwar zur Beruhigung vorläufig alles mögliche versprach, aber dem tschechischen Volk den die Rechtsgleichheit ausschließenden Titel des „Staatsvolkes“ beilegte. Unerfreulich war ferner, daß dieser Staat in erklärter Feindseligkeit gegen deutsches Wesen und deutsche Sprache gegründet war. Hier also schien die deutsche Sprache in Gefahr, und die tschechische Staatsleitung tat nichts, um solche

Besorgnisse zu zerstreuen. Vielmehr zeigte es sich alsbald, daß der zur Herrschaft gelangte tschechische Nationalismus sich die deutsch besiedelten Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens in der Hoffnung hatte zusprechen lassen, die Sprachgrenzen würden sich durch staatliche Druckmittel langsam, doch in absehbarer Zeit, bis zu den Staatsgrenzen vorschieben lassen. Welcher Druck auf der sudetendeutschen Bevölkerung lastete, hat man öfter auch in schweizerischen Zeitungen lesen können, besonders in der „Neuen Zürcher Zeitung“, aus der wir in unsrer Rundschau 1936 einen kleinen Auszug abgedruckt haben. In den Verträgen von 1919 hatte man außerdem für die tschechische Einwanderung in Wien und Niederösterreich eine solche Stellung geschaffen, daß in dem fast vollständig und sehr bewußt deutschen Kleinstaat der vorhin erwähnte Angststruf nie ganz verstummte: Wien wird tschechisch!

All das ist nun mit einem Schlag anders geworden. Den genannten deutschen Kleinstaat Österreich hat das Deutsche Reich im Verlauf weniger Tage an sich gezogen. Damit ist nun zwar dieses Österreich nicht deutscher geworden, als es zuvor war; Volk und Regierung sind vor der Vereinigung mit dem Reiche ebenso gut deutsch und nur deutsch gewesen wie nachher. Aber es ist doch so, daß die deutsche Sprache jetzt in Österreich durch die ganze Wucht eines sprachreinen Siebzigmillionenstaates gestützt und in ihrem Bestand gewährleistet erscheint. Und — ebenso wichtig — mit dem Einfluß des Deutschen Reiches sehen wir auch den der deutschen Sprache weit nach Süden und Osten, über die deutschen Grenzen hinaus, vorgeschoben, nicht die Sprachgrenze, wohl aber den Kulturbereich.

Was das bedeutet, hat sich unverzüglich nach dem Zusammenschluß der zwei deutschen Staaten gezeigt: in dem von drei Seiten deutsch umklammerten Böhmen, Schlesien, Mähren erhob die unter furchtbarem Druck, ja Vernichtungswillen der Gegner schwer leidende sudetendeutsche Minderheit jetzt laut die Forderung der Rechtsgleichheit. Auch hier handelt es sich um Stücke — Randgebiete allerdings — des zusammenhängenden deutschen Siedlungsgebietes, das von der holländischen Grenze bis zur ungarischen, von der dänischen bis über die italienische hinausreicht. Und nun ereignete sich etwas Neues: das Deutsche Reich trat als Anwalt und Schirmherr der drei Millionen Sprachgenossen auf, verlangte von der tschechischen Regierung zuerst eine Umbildung des Staates, die den Sudetendeutschen eine Selbständigkeit nach Art unsrer Kan-

tonsouveränität bringen sollte, und als der Gegner das nicht zugestehen wollte oder doch hundert Schwierigkeiten machte, erzwang das Deutsche Reich die Abtretung der deutsch besiedelten Gebiete und bezeichnete das als die Befreiung von Volksgenossen, die „heim ins Reich“ zurückzukehren verlangten. Etwas Neues, sagte ich, denn es ist das erste Mal, daß das Deutsche Reich den Anspruch erhebt, Angehörige eines andern Staates wegen ihrer Muttersprache zu befreien und an sich zu ziehen. Nur bei der Entstehung des Königreichs Italien sind solche Bestrebungen früher sichtbar gewesen, zuletzt im Jahr 1919, als König Viktor Emanuel in der Thronrede vor der Kammer „die Verteidigung der Völker italienischer Zunge“ „eine Pflicht und ein unverjährbares Recht“ Italiens nannte, was sich nur auf Malta, Graubünden und Tessin beziehen konnte. Es ist nur allzu verständlich, daß Deutschlands Vorgehen gegen den Tschechenstaat bei uns viele Leute erschreckte; bestürzt fragte man sich, ob diese Politik nun auch nach andern Seiten werde angewendet werden, und was dann die zu fast drei Vierteln deutsche Schweiz zu erwarten habe; man fragte sich auch, ob Europa einer Zeit entgegengehe, in der die Sprachgrenzen als Staatsgrenzen gelten werden. Solche Besorgnisse sind nicht ohne weiteres abzuweisen. Immerhin ist zu sagen: sowohl in Österreich wie in Böhmen und Schlesien lebt eine deutsch sprechende Bevölkerung, die seit dem Mittelalter bis zum Jahr 1866 im deutschen Reichs-, später Bundesverband gelebt hat und im Jahr 1918 einmütig zum Deutschen Reich zurückzukehren verlangte und durch die Friedensschlüsse von Paris gewaltsam vom Reich ausgeschlossen wurde. Wie groß die Anschließpartei zahlenmäßig im Jahr 1938 noch war, wissen wir zwar nicht, aber ihr Dasein hat niemand bestritten. Mit andern Worten: sowohl die Sudetendeutschen wie die Deutschen Österreichs sind schon längst eine politische Angelegenheit und Frage gewesen. All das gilt von unserm Lande nicht; die Schweiz ist seit über 400 Jahren tatsächlich vom Reich getrennt, und kein Schweizer begehrt „befreit“ zu werden oder „heim ins Reich“ zu kehren. Also braucht man nicht vorschnell aus den Vorgängen der Zeit Schlußfolgerungen auf die Schweiz zu ziehen. Trotzdem ist es natürlich, daß die tiefgreifenden Grenzveränderungen und Machtverschiebungen in der Nachbarschaft die Gemüter auch bei uns in Besorgnis versetzt haben, und die Forderung einer opferbereiten vaterländischen Wachsamkeit drängt sich in solchen Zeiten auf.

Ich komme auf den deutschen Vorstoß gegen den tschechischen Staat zurück. Er macht der deutschen Sprache mit dem staatlichen und wirtschaftlichen Einfluß des neuen großdeutschen Reiches den Weg nach Südosteuropa frei. Nicht daß die Sprachgrenzen sich nun zugunsten unsrer Muttersprache verschieben werden; das deutsche Sprachgebiet wird sich sogar eher noch verkleinern, denn die bedeutenden Sprachinseln von Brünn, Olmütz, Iglau und in der Zips, die bei der Neuregelung nicht ans Reich übergehen konnten, werden sich schwerlich halten können; auch das Prager Deutschtum, einst so einflußreich im östlichen Mitteleuropa, und die deutsche Universität in Prag, die älteste deutsche Hochschule überhaupt, sind vielleicht verloren, aber die bisher gefährdeten Ränder um Bayern, um Sachsen, Schlesien, Ober- und Niederösterreich bleiben erhalten. Und das ganze Westflaventum, ebenso Ungarn, auch Rumänien, werden wieder, und mehr noch als zur Zeit der großen Donaumonarchie, das Deutsche als Vermittlungs- und übernationale Verständigungssprache brauchen. Was das tschechische Volk betrifft, so behält es seinen Siedlungsboden, von Grenzresten abgesehen, ungeschmälert. Was es verloren hat, ist die Befugnis und Möglichkeit, den Boden der Nachbarvölker zu besetzen, Deutsche in ihrer Heimat zu bedrängen, in ihren natürlichsten Rechten zu verkürzen durch Mißbrauch der ihm nach dem Krieg zuerkannten Macht. Präsident Benešch und seine Leute — die sind es ja eigentlich, nicht „das Volk der Tschechen“ — waren in dem verderblichen Irrtum befangen, sie könnten aus ihrem kleinen Volk durch Entsprachung anderer Völker ein großes Volk machen; es ist der Wahn des neuzeitlichen Nationalismus, ein Wahn deswegen, weil die Völker, denen man ihre Sprache nehmen will, erfahrungsgemäß sich wehren und zuletzt, bei eintretenden Krisenzeiten, den sie bedrückenden Staat zu sprengen vermögen. Ein zweiter Irrtum war der, daß die tschechischen Nationalisten glaubten, ein kleines Volk in dieser besondern geographischen Lage könne sich dauernd dem deutschen Einfluß entziehen und deutschfeindliche Haßpolitik treiben. Beide Irrtümer sind eine Erbschaft der Vergangenheit; der jetzt so hart geahndete Deutschenhaß der Tschechen erklärt sich aus den Gefühlen eines Proletariervolkes, das in dem Deutschen nicht bloß den Sprachfremden, sondern den von der Geschichte begünstigten, erfolgreichen Nebenbuhler, das Herrenvolk, sah und dessen Verachtung, wie das unter Völkern immer geht, mit Haß vergalt.

Wir, die wir unsre Sprache lieben, aber dabei jedermanns Muttersprache achten, wünschen dem von der Geschichte oft hart mitgenommenen, jetzt schwer enttäuschten und dabei, wie uns seine Kenner sagen, begabten Volk der Tschechen alles Gute. Möge es von seinen Wunden genesen, sich auf seinem schmalen Volksboden, den ihm niemand streitig machen soll, glücklich entfalten und seinen Beitrag an die europäische Gesittung und Größe zu aller Freude und Wohl leisten.

Wir setzen unsern Rundgang fort. Um das Deutschtum Böhmens und Mährens hat das Deutsche Reich gekämpft bis hart an die Grenze höchster Kriegsgefahr. Dagegen scheint es zwei uns sonst sehr am Herzen liegende deutsche Gebiete, Elsaß und Südtirol, endgültig ihrem Schicksal und ihren nicht sehr gütigen Herren überlassen zu wollen. Dafür hat es offenbar seine staatspolitischen Gründe. Immerhin ist die Besessenheit, mit der Adolf Hitler mehrmals und immer wieder von der Endgültigkeit der Rhein- und der Brennergrenze gesprochen hat, so aufgefallen, daß man daraus da und dort den Schluß gezogen hat, bei der Erwerbung der Sudetengebiete müsse es ihm weniger um die Befreiung unterdrückter deutscher Bevölkerung gegangen sein, als um die Zerstörung eines unbequemen Nachbarstaates, sonst hätte ja das von ihm im Stich gelassene Südtirol mindestens ebensoviel Recht auf Hilfe.

Im Deutschen Reiche erleidet die französische Sprache eine Einbuße an Geltung dadurch, daß mit der schon lange angesagten Ersetzung des französischen Sprachunterrichtes durch den englischen jetzt Ernst gemacht worden ist. Nicht mehr die Sprache von Paris, sondern die der britischen Inseln wird jetzt von der deutschen Schuljugend erlernt. Das mußte so kommen, es lag im Zuge der geschichtlichen Entwicklung. Wir Schweizer — auch wir deutschen Schweizer — können es bedauern, denn für uns muß das Französische die erste unter den fremden Sprachen bleiben, und insofern ist ihre Weltgeltung auch für uns nicht ohne Wert. Andererseits kann aber auch gesagt werden: die Schweiz hat den Kulturdruck von Westen bis heute oft genug unangenehm stark zu fühlen bekommen; verliert das Französische an Geltung in Europa, so wird die Stellung des Deutschen in der Schweiz gestärkt, und das dürfen wir begrüßen.

Soviel ist heute gewiß: eine allgemeine Weltsprache wird die Zukunft nicht kennen. Am meisten Aussicht auf diesen Namen

hätte das Englische, zumal außerhalb Europas, aber auf dem europäischen Festlande wird das Deutsche auf lange hinaus die wichtigste Stelle einnehmen, wie vor hundert Jahren das Französische.

Alles in allem: der Berichterstatter braucht diesmal nicht, wie so oft in den letzten Jahren, mit einem Seufzer über die Bedrängung unsrer Muttersprache zu schließen. Ihre Aussichten haben sich gebessert. Ich schließe aber mit einem Wunsch, der zugleich ein Vorbehalt ist: möge das deutsche Wort, das jetzt den Weg freibekommen hat bis gegen das Schwarze Meer hin, möge es dort, bei den Völkern Osteuropas, der glückbringende Träger eines wirklich wertvollen Geisteslebens werden, Sinnbild und Wahrzeichen gesunder Wissenschaft, unerbittlicher Wahrheitsliebe, beseligender Freiheit, der allen Völkern willkommene Segenspender, wie es das in der Vergangenheit, in den besten Zeiten echter deutscher Größe gewesen ist. Dann — aber nur dann — wird uns das Bekenntnis zur Gemeinschaft deutschen Wortes und Geistes eine Freude sein.

E. Blocher.